

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

dass wir heute hier Haushalt und Stellenplan für das kommende Jahr beschließen sollen, ist keine Selbstverständlichkeit. Die vorgegebenen Abläufe und Prozesse waren aufgrund kurzfristiger rechtlicher Änderungen, Mitteilungen und Datenvorlagen seitens des Landes NRW durchaus herausfordernd. Das wir heute hier eine Ratssitzung durchführen und, davon gehe ich aus, Beschlüsse fassen, verdanken wir den Mitarbeiter*innen der Verwaltung – ihrer Erfahrung, Expertise und ihrem Engagement.

Für die SPD-Fraktion nehme ich, wie in den letzten Jahren auch, Stellung zum vorgelegten Stellenplan 2023.

Im Vergleich zum Vorjahr 2022 werden etwa 14,5 Stellen aufgebaut.

Neu und bemerkenswert für mich sind die deutlichen Stellenzuwächse in der Kernverwaltung.

Im Bereich des Jugendamtes führen die SGB VIII-Reform und das Landeskinderschutzgesetz zu einem Stellenzuwachs für das Jahr 2023. Schulsozialarbeit, Jugendhilfeplanung werden fest in den Stellenplan übernommen bzw. erweitert und führen so zu einer erfreulichen Verstärkung und Ergänzung von insgesamt 7,0 VZÄ. Insbesondere die Reformierung des SGB VIII wird uns in den nächsten Jahren weiter begleiten. Wichtig bleibt uns der präventive Ansatz vor Ort in der Arbeit mit und für junge Menschen, um bestmögliche Chancengleichheit erreichen zu können.

Im Bereich der Sozialverwaltung werden drei weitere Stellen geschaffen. Diese Stellen werden vorgehalten und bei Bedarf besetzt um die Mitarbeiter*innen zu entlasten, die aufgrund von den Bürger*innen zu Gute kommenden Gesetzesänderungen mit massiv steigenden Antragszahlen zu rechnen haben. Nach den bereits erfolgten Wohngeldreformen der letzten Jahre ist zu 2023 mit einem massiven Anstieg der Berechtigtenzahlen zu rechnen. Hier wäre wie so oft der Bund gefragt gewesen, die Kommunen vor Ort sind aber unter Zugzwang. Die andere Stelle im Bereich Asylbewerberleistungsgesetz wird ebenfalls bei Bedarf besetzt, wobei aufgrund des Angriffskrieges in der Ukraine und anderen globalen Flucht- und Migrationsbewegungen der Bedarf bereits heute deutlich erkennbar ist.

Um Wiederholungen zu den letzten Jahren zu vermeiden, werde ich jetzt nicht näher auf das Konnexitätsprinzip eingehen, oder die praktischen Schwierigkeiten der Umsetzung vor Ort in den Kommunen beschreiben bei Gesetzen, die wenige Wochen vor dem Jahreswechsel verabschiedet werden und zum 01.01. gelten und ihre Wirkung entfalten sollen.

Die Altersstruktur der städtischen Mitarbeiter*innen verschiebt sich weiter und wird deutlicher „kopflastig“. Hier macht sich die Einstellung und Ausbildung nach Bedarf, aufgrund knapper öffentlicher Kassen mit „angezogener Bremse“, vor einigen Jahren bemerkbar. Aufgabenzuwächse und Veränderungen führen aber dazu, dass der bestehende Personalkörper nur noch schwer ausreicht um die anfallenden Arbeiten zu erledigen. Im Gegensatz zu anderen öffentlichen Haushalten finanziert die Stadt Kamen ihr Personal aber aus dem eigenen Säckel – neue Stellen, egal ob auf der Ebene der „Häuptlinge“ oder der „Indianer“ müssen daher immer gut überlegt und vor allen Dingen aus eigenen Mitteln finanziert sein. Und auch wenn die Stadt Kamen in den letzten Jahren Auszubildende für den eigenen Bedarf eingestellt und, bei entsprechender Leistung, im Anschluss übernommen hat, wird das in Anbetracht der in Rente gehenden Baby-Boomer-Generation nur schwer ausreichen. Für das Jahr 2023 sollen 12 Auszubildende eingestellt werden und dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Das begrüßen wir ausdrücklich, wird doch so nicht nur meist jungen Menschen eine Chance gegeben, entlasten die neuen Kolleg*innen doch auch mittelfristig die bereits vorhandenen Mitarbeiter*innen der Verwaltung.

Wir befinden uns in einer Multi-Krise: Corona-Pandemie, Klimakrise, Energiekrise und einige sagen auch Bildungskrise. Der öffentliche Dienst wird aber auch dadurch zunehmend attraktiver für junge Menschen: finanzielle Sicherheit, geregelte Arbeitszeiten, gesicherte Altersvorsorge. Das wird erst mittel- bis langfristig bereits vorhandene Lücken schließen und in Anbetracht unserer immer älter werdenden Gesellschaft die Probleme der öffentlichen Verwaltung möglicherweise in die Privatwirtschaft verschieben. Bereits seit einigen Jahren fehlen Verwaltungsfachkräfte, soziale Berufe, ITler und Techniker am freien Markt so dass es zunehmend schwerer wird, geeignete Bewerber*innen zu finden und Stellen nachzubesetzen.

Der Erwartungshaltung der vorhandenen Bewerber*innen am Markt wird sich gestellt. Flexible Arbeitszeiten und Homeoffice wo möglich, ja, das ist richtig, aber mittlerweile eine Selbstverständlichkeit im öffentlichen Dienst. Das lockt niemanden mehr hinter dem Ofen hervor und würde eher abschreckend wirken, würde es nicht von vornherein angeboten. Kurze Arbeitswege, Unterstützung bei der Realisierung der Work-Life-Balance, das sind tatsächlich die Dinge, nach denen gefragt wird. Nicht alles wird die Verwaltung bedienen oder zufriedenstellend „beantworten“ können. Das ist dann tatsächlich so. Aber wir erkennen als SPD-Fraktion, dass sich die Verwaltung in den letzten Jahren deutlich auf den Weg gemacht hat und mithalten kann. Schlussendlich entscheiden manchmal auch „Arbeitswege“ über eine freiwillige Bindung an einen Arbeitgeber.

Die Bindung und Weiterentwicklung von eigenem Personal durch ein Personalentwicklungskonzept begrüßen wir als SPD-Fraktion ausdrücklich, insbesondere die

„Fortbildung alter Hasen“ mit „potentiellen zukünftigen Führungskräften“, worin wir ein gutes Potential sehen, um altbewährtes mit neuen Ideen und Ansätzen zu verknüpfen.

Wertschätzung und die Ermöglichung neue Wege zu gehen, sich zu entwickeln sind oft genug entscheidende Gründe, qualifiziertes Personal zu binden – auch wenn „Abgänge“ zu anderen Verwaltungen nicht ausgeschlossen werden können.

Wir werden uns weiter stark disziplinieren und auch den Personalaufwand im Blick halten müssen. Hierzu werden sich, auch im Rahmen der voranschreitenden Digitalisierung, Fragen der quantitativen Absenkung von Standards stellen müssen, ohne den Zugang zur Verwaltung einzelnen Bevölkerungsgruppen unnötig schwer zu machen.

Für das Engagement, die Professionalität, die Bürger*innennähe geht mein Dank an die Mitarbeiter*innen der Stadt Kamen für die hervorragende Arbeit und das Durchhaltevermögen in Zeiten „multipler Krisen“.

Als SPD-Fraktion werden wir dem vorliegenden Stellenplan zustimmen.